

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

11.3.1927 (No. 59)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur:
E. K e n d,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Nichterhalten tarifierter Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Vertretung, und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Wirtschaftliche Umschau

Ebenso wie die Rentabilität und Bauwürdigkeit der meisten deutschen Kanalprojekte seit längerem in der Öffentlichkeit in Zweifel gezogen wird, ist eine ähnliche Debatte über die neuen geplanten Großwasserkraftwerke im Gange, die ja auch in Baden zeitweise recht eifrig geführt wurde. Beim Für und Wider sprechen nicht nur lokale Interessentenwünsche mit, sondern es ist, wie in der Kanalfrage ja die Reichsbahn bereits mit offenem Bistier aufgetreten ist, auch die norddeutsche Kohlenproduktion als Gegner des Ausbaus der Wasserkraft anzusehen. Als in Bayern gleich nach dem Kriege der Ausbau des Waldensee-Kraftwerks begonnen wurde, sagte man nicht ganz mit Unrecht, daß es der damaligen großen Kohlennot und der Furcht vor der Demobilisierungsarbeitslosigkeit bedurft habe, die hauptsächlich von Norddeutschland ausgehenden Widerstände gegen die seit langem fertigen Projekte zum Schweigen zu bringen. Man wird also immer im Endurteil sehr vorsichtig sein müssen, da auch die Großinteressenten im Spiele sind, welche über die Mittel verfügen, ihre Stimme schon hörbar zu machen.

Gewiß es ist richtig, daß in der Feuerungs- und Wärmetechnik große Fortschritte gemacht worden sind, daß die Wasserkraftwerke häufig ein vielfaches der Anlagelkosten von modernen Dampfkräften verschlingen (wofür allerdings die Betriebskosten bei Wasserkraft viel geringer sind), daß mitunter, z. B. in Bayern in diesem Winter infolge Wassermangels Stromknappheit eingetreten ist, und daß deshalb vor dem Bau von Großwasserkraftwerken sehr sorgfältige Berechnungen anzustellen sind, ob der Kapitalaufwand zu rechtfertigen ist. Aber all diese Einwände genügen nicht, in Kauf und Vogen, und überall, wo es Interessentenwünsche paßt, den Ausbau der Wasserkraft zu bekämpfen. Auch die ungeheuren Vorteile des Zusammenwirkens von Lauf- und Speicherkraftwerken sind zu beachten, wie sie sich z. B. bei den Oberrheinkraftwerken in Verbindung mit dem Schluchsee-See ergeben und die es gestatten, gewaltige, sonst nutzlos abfließende Energiemengen zu nützen, oder die vorteilhafte Verbindung geeigneter Wasserkraft eines Versorgungsgebiets, wie die der vor allem Sommerkraft liefernden bayerischen Alpenwasserkraft mit den nordbayerischen, gerade im Winter verfügbaren Wasserkraft des künftigen Main-Donaukanals. Wo Wasserkraft allein nicht genügt, um allen Spitzenbedarf zu decken, wird man naturgemäß auf Dampfkräften zurückgreifen. So plant man jetzt in Bayern, die einheimische Braunkohle an Ort und Stelle zu verschmelzen, den Halbkoaks in Staubform zur Feuerung von Kraftwerken zu verwenden, möglicherweise auch die aus der Verschmelzung gewonnenen Schwärze, um damit Großdieselmotoranlagen wegen ihrer schnellen Inbetriebsetzungsfähigkeit für die äußersten Belastungsspitzen zu betreiben. Baden steht hier übrigens bekanntlich sehr günstig da, da es durch die neue große, unser Land durchlaufende Elektrizitätsstraße sowohl mit den Schweizer Wasserkraft, wie mit der rheinischen Braunkohle verbunden ist und bei Bedarf auf beide zurückgreifen kann.

Wir wissen auch gar nicht, wie lange der augenblickliche Kohlenüberfluß anhält und brauchen uns mit daran zu erinnern, daß vor nur wenigen Jahren aus Gründen, die wahrhaftig noch weiterer Untersuchung bedürften, das Gegenteil der Fall war. Es ist natürlich, daß z. B. Süddeutschland sein gewaltiges in seinen Wasserkraft liegendes Kapital ausnützt, auch im Hinblick darauf, daß es wenig verlockend ist, auf die Dauer und ganz und gar in Abhängigkeit von der größtenteils privaten norddeutschen Kohlenwirtschaft zu geraten. Eine gewisse Dezentralisierung der Stromerzeugung ist nicht nur nach Erzeugungsarten anzustreben, sondern auch nach Erzeugungsarten, um die Möglichkeit von Stromflüssen zu vermeiden und die natürlichen Kräfte des Landes auszunützen. Wir sehen auch, wie in einem so kohlenreichen Land wie Nordamerika die Wasserkraft in größtem Umfang ausgebaut werden. Aber dies ist auch bei uns heute bereits ein außerordentlich steigender Stromhunger festzustellen, der sich mit der Besserung der Wirtschaftslage sprunghaft weiterentwickelt wird, wie sich das im Ausland gezeigt hat, und dem man in Voraussicht wird begegnen müssen. So sprach sich der Vorsitzende des Direktoriums der AEG., Geheimrat Dr. Deusch, kürzlich

dahin aus, daß der Ausbau der Wasserkraft aus diesem Grund für die deutsche Gesamtwirtschaft nichts weniger als belanglos sei.

Der Haushaltsausschuß des badischen Landtags hat in dieser Woche die Wohnungsfrage im Anschluß an die Regierungsdienstschrift über die Aufnahme einer Anleihe zur Förderung des Wohnungsbaus ausführlich besprochen. Die Redner der verschiedensten Parteien brachten Anregungen und Wünsche vor, wobei jedoch allgemein Bedenken gegen eine Anleiheaufnahme für Wohnungszwecke nicht geäußert wurden. Die Dienstschrift hatte sich hierzu dahin ausgesprochen, „daß nach den Grundfragen einer gesunden Finanzwirtschaft, der Staat eine Anleihe nur aufnehmen könne, wenn sie entweder zweckmäßig und notwendig ist, oder wenn sie auf die Dauer fließende Abgabe für den besonderen Zweck zur Verfügung steht, aus der die zur Verzinsung und Tilgung erforderlichen Mittel geschöpft werden können“. Die Dienstschrift hat sich also nicht auf den strengen Standpunkt gestellt, der öffentliche Anleihen zu Wohnungszwecken, da diese nicht im eigentlichen Sinne produktiv seien, ablehnt. Während die Regierung eine Staatsanleihe von 6½ Millionen vorschlug, und außerdem Zinsverbilligung auf höchstens 4 Proz. und längstens 10 Jahre für eine von den Wohnungsverbänden und verbandsfreien Gemeinden aufzunehmende Wohnungsbauanleihe bis zum Betrag von 3½ Millionen, gingen die Regierungsparteien darüber hinaus, und ihr Antrag fand im Ausschuß einstimmige Annahme, daß die genannten Beträge auf 10 bzw. 5 Millionen erhöht werden.

Der Innenminister hatte im Ausschuß mitgeteilt, daß Baden seinen Vertreter im Reichsrat angewiesen habe, gegen die geplante Erhöhung der Mieten zu stimmen, mit Rücksicht auf die schwere Wirtschaftslage sowohl, wie auch mit Rücksicht auf die finanziellen Folgen für den badischen Staat (Erhöhung des Wohnungsgeldes für die Beamten). Zunächst müsse Klarheit über die künftige Gestaltung der Hauszinssteuer oder ihrer Erbschaft (Einkommensteuer) geschaffen sein, worüber übrigens zur Zeit im Reich beraten wird. Preußen hat, im Gegensatz zu Baden, im Reichsrat der Mieterhöhung zugestimmt und dies damit begründet, daß weitere Mittel zur Förderung der Wohnungsbauwirtschaft bereitgestellt werden müßten, und daß die Annäherung der gesetzlichen Miete an die wirtschaftlich notwendige und gerechtfertigte Neubaumiete insbesondere auch eine Voraussetzung für die Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft sei.

Da die Verordnung betr. die Mieterhöhung zur Rechtswirkung lediglich der Zustimmung des Reichsrats und nicht des Reichstags bedarf, ist die Mieterhöhung jetzt beschlossene. Zu lösen bleibt noch die Frage der Verteilung der 20prozentigen Mehrmiete. Der Reichsjustizminister hat dazu erklärt, daß er darüber noch die Wünsche der Länder anhören wolle. Ein Reichsgesetz über die Verwendung der aus der Mieterhöhung fließenden Mittel bedürfte aber der Zustimmung des Reichstags, so daß in diesem Fall die Mieterhöhung im Reichstag doch aufgerollt wird, zumal dort zahlreiche Projekte der Interessenvertretungen der Mieter vorliegen. Grundsätzlich ist zurzeit die Verteilung den Beschlüssen der Parlamente der Länder überlassen, doch besteht bei den Länderregierungen anscheinend selbst zum Teil der Wunsch nach einer reichsgesetzlichen Regelung, um eine einheitliche Verwendung zu erreichen und auch Kämpfe um die Verteilung und neue Auseinandersetzungen um die Hauszinssteuer in den Landtagen zu vermeiden. Es wäre auch durchaus möglich, daß in einem Land der Hauptanteil des Mehrertrags den Hausbesitzern, im andern dem Fiskus zufällt, und so auch in der Verteilungsfrage sich unerwünschte Unterschiede einstellen.

Der frühere Gesandte Estlands in Moskau, Birk, der im vergangenen Jahr ohne Ermächtigung seinen Posten verließ, hatte in den Diensten der Sowjets eingetreten war, schickte freiwillig in Begleitung des Gesandtschaftsrates der estländischen Gesandtschaft aus Moskau nach Estland zurück und wurde verhaftet. Birk hatte sich am 4. März in der norwegischen Gesandtschaft in Moskau eingefunden und um Aufnahme gebeten, da, wie er behauptete, Beamte der Gpu ihn verfolgten. Von dort aus schrieb er an die estländische Gesandtschaft und bat um Schutz, die Sowjetbehörden erhoben jedoch gegen seine Abreise keinerlei Widerspruch.

Die Genfer Ratstagung

Die Donnerstagssitzung

Der Völkerbundsrat genehmigte am Donnerstag vormittag den Bericht des Finanzkomitees über die Empfehlung der internationalen Danziger Sanierungsanleihe von 45 Millionen Gulden und sprach den Wunsch aus, daß die noch ausstehende Ratifizierung des danzig-polnischen Zollabkommens, sowie die Erfüllung der übrigen Bedingungen möglichst bald durchgeführt werden. Der Danziger Senatspräsident Dr. Sahn gab eine Erklärung ab, in der er den Mitgliedern des Finanzkomitees für die von ihnen geleistete Arbeit dankte und sich namens der Freien Stadt Danzig mit dem Bericht einverstanden erklärte. Aus dem Bericht des Finanzkomitees, der von dem belgischen Außenminister Vanderveelde vorgelegt wurde, geht hervor, daß Polen in der Frage des Zigarettenmonopols mit 22 Prozent, Danzig mit 31 und Deutschland mit 9 Prozent beteiligt sei. Der Rest verteilt sich auf verschiedene andere Staaten.

Vor Schluß der Debatte erklärte Reichsminister Dr. Stresemann, er glaube, daß das Ergebnis dieses Tages eine große Bedeutung für den Völkerbund habe. Es liegt mir daran, festzustellen, daß die Arbeiten des Völkerbundes neben den großen idealen, kulturell-humanitären, auch praktischen Fragen vor allem zu dienen haben. Vanderveelde hat in schönen Worten auf das Zusammenwirken der nationalen und internationalen Kräfte bei diesen Hilfswerken hingewiesen. Ich lege meinerseits als Präsident dieser Tagung Wert darauf, allen denen, die an diesen Hilfswerken und Wiederbaubarbeiten mitgewirkt haben, meinen aufrichtigsten Dank zu erstatten.

Der sittingsfreie Nachmittag des Donnerstags wurde wiederum zu einer Reihe von privaten Einzelbesprechungen benutzt.

Stresemann an die Auslandspresse

Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfing am Donnerstag vormittag, wie bei allen Genfer Tagungen üblich, die Auslandspresse, um vor ihr Stellung zu nehmen zu den wilden Sowjetnachrichten. Er erklärte u. a., daß weder im Vertrag von Rapallo, oder im Zusammenhang mit dem Vertrag von Rapallo, noch mit dem Berliner Vertrag irgendwelche geheime Abrede mit Rußland bestünde, und daß man in dieser Beziehung von keiner Seite an ihn herangeht sei. Deutschland sei nur an einer friedlichen Entspannung interessiert. Durch den Regierungswechsel habe sich in Deutschland der Kurs nicht geändert. Der Minister unterstrich schließlich, daß unser völkerrechtlicher Anspruch auf Grund von Artikel 431 auf Räumung des Rheinlandes bestünde, und daß dafür außer der juristischen auch die moralische Grundlage von Locarno den Anspruch gewäre.

In einem Leitartikel begrüßt es der Londoner „Daily Chronicle“, daß der deutsche Minister des Auswärtigen die Behauptung dementiert habe, daß Chamberlain es versuche, Kombinationen gegen Rußland zustandzubringen. Das liberale Blatt fährt fort: Die Räumung des Rheinlandes ist Deutschland im Versailler Vertrag versprochen worden, wenn es vor Ablauf der 15jährigen Periode „alle aus dem Vertrag sich ergebenden Verpflichtungen erfüllt“. Die britische öffentliche Meinung wird Dr. Stresemanns Behauptung, daß die Bedingungen erfüllt sind und daß die Erfüllung des Versprechens jetzt erfolgen müsse, allgemein unterstützen.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Herald“ in Genf schreibt: Es ist klar, daß der Plan besteht, die polnische Frage vor Juni aus dem Wege zu schaffen und dann die Rheinlandsfrage aufzuwerfen. Es scheint möglich, daß in zwischen die deutsche Regierung versuchen wird, die Spannung zwischen London und Moskau zu erleichtern.

Briand und Westarp

Die „Tägl. Rundsch.“ veröffentlicht ein Interview ihres Genfer Berichters mit dem französischen Minister des Auswärtigen, Briand, in dessen Verlauf dieser auf die Rede des Grafen Westarp in Frankfurt am Main zu sprechen kam und unter anderem erklärte:

Wenn Graf Westarp behauptet, daß Deutschland durch den Locarno-Vertrag sich verpflichtet habe, auf die Anwendung von Gewalt für die Zurückeroberung von Elsaß-Lothringen zu verzichten, so sagt er die volle Wahrheit. Graf Westarp wie viele seiner Freunde, erklären jedoch, sie könnten nicht auf die Hoffnung verzichten, daß Elsaß-Lothringen früher oder später kraft des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem unabhängigen Staat werden wird. Hier erhebt sich zwischen uns beiden ein schweres Mißverständnis. Eine solche Hoffnung muß es notgedrungen mit sich bringen, daß man alles tut, um die autonomistische Campagne und den Separatismus zu fördern. Das heißt kein offenes Spiel treiben, und eine solche Denkart entspricht nicht dem Geiste von Locarno, abgesehen davon, daß eine solche Handlungsweise einen tief bedauerlichen Eindruck auf die französische Öffentlichkeit machen würde, was die französische Regierung in die Notwendigkeit versetzen müßte, Maßnahmen zur Verteidigung ihrer souveränen Rechte zu ergreifen. Ich bin sicher, daß Graf Westarp bei einiger Überlegung mich begreifen wird. Mit diesen Vorbehalten für die Zukunft kann ich im übrigen nur feststellen, daß während dieser Session, die Stresemann mit großem Geschick leitet, unsere Beziehungen sich nur gebessert haben, und daß wir Genf verlassen werden mit verstärktem Vertrauen in das Ergebnis unserer gemeinsamen Bemühungen zugunsten des Friedens und des Verständnisses zwischen Deutschland und Frankreich.

In den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen ist, wie verlautet, ein wesentlicher Fortschritt erzielt worden, wenn auch der eigentliche Vertrag noch nicht geschlossen ist.

Deutscher Reichstag

B.Z. Berlin, 10. März.

Das Haus setzt dann die Einzelberatung des Etats des Arbeitsministeriums beim Kapitel

Sozialversicherung

Abg. Karsten (Soz.) verlangt ein Mitbestimmungsrecht der Versicherten bei Besetzung der leitenden Stellen der Versicherungsämter und der sozialen Gerichtsbarkeit. Die Vertrauensärzte der Sozialversicherung müßten daran erinnert werden, daß die Versicherten auch Menschen sind, die sie nicht wie bisher oft ruppig und brutal behandeln dürfen. Die Sozialdemokraten seien der Auffassung, daß der Ausbau der Sozialversicherung noch keineswegs abgeschlossen sei. Der alte Fehler, den gewerblichen Mittelstand von der Sozialversicherung auszuschließen, müßte endlich gutgemacht werden.

Abg. Ziegler (Dem.) meint, die deutsche Sozialversicherung stehe noch nicht so fest da, daß man ihrer Weiterentwicklung mit Ruhe entgegengehen könne. Auch die Frage der Umländerung der Invalidenversicherung hätte schneller gefördert werden müssen. Es müßten dort Renten gewährt werden, die den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen mehr angepaßt sind. Vielleicht ließe sich in naher Zukunft auch eine Herabsetzung der Altersgrenze erreichen. Bei der Angestelltenversicherung lägen die Dinge ja einfacher. Das Arbeitsministerium müsse sich einmal schämen vor die so stark und unerbittlich angegriffenen, vielfach durch ehrenamtliche Arbeit geleiteten Krankentassen stellen. Die Zersplitterung auf dem Gebiet der Krankentassen sei zu stark. Das Verhältnis zwischen Krankentassen und Ärzten sei unbefriedigend.

Abg. Weder-Arnberg (Ztr.) stimmt den Beschwerden wegen der Behandlung der Versicherten bei den Versicherungsbehörden zu. Überhaupt legten reaktionäre Organe der Reichspräsidenten die Bestimmungen über die Invaliditätsrente zu ungunsten der Versicherten aus. Das Arbeitsministerium müsse daher prüfen, ob man nicht von der Arbeits- zur Berufsunfähigkeit übergehen müsse. Jedenfalls müsse der bisher 6 % betragende Reichszuschuß zu jeder Invalidenrente ganz erheblich erhöht werden. Den Krankentassen müßte das Recht der Selbstabgabe von Heilmitteln verbleiben, weil sie sonst gezwungen wären, dem Handel das 5- bis 6fache der Preise zu zahlen.

Abg. Beythien (D. Vp.) lehnt den sozialdemokratischen Antrag ab, der die Innungskrankentassen beseitigen will. Offenbaren Auswüchsen auf dem Gebiet der Gründung von Innungskrankentassen müßte aber entgegengetreten werden. Der Redner begründet noch einen Antrag, der durch Reichsgesetz die Selbstversorgung der Krankentassen, durch die das freie Gewerbe geschädigt werde, unterlagen will.

Abg. Frau Arensee (Komm.) erklärt, daß die Arbeiter selbst durch ihre Beiträge alle Sozial-Institutionen erhalten müssen.

Abg. Frau Schott (Dntl.) bedauert, daß der deutsche Arbeiter das Verantwortungsgefühl für seine Familie verloren habe, das er vor dem Kriege besessen habe und sich zu sehr auf die Sozialversicherung verlasse. Die Rednerin wünscht die Einbeziehung der neu entstandenen Frauenberufe in die Angestelltenversicherung. Erstrebenswert sei vielleicht eine eigene Versicherungsanstalt für die Arbeiterinnenversicherung. Die Landwirtschaft müsse in dieser Versicherungsart besonders behandelt werden.

Abg. Fehrbach (W. Vg.) verteidigt die Innungskrankentassen. Durch die Bestrebungen der Krankentassen dürfe nicht der wertvolle Stand der Dentisten ausgerottet werden.

Abg. Richter (Soz.) weist die Angriffe auf die Krankentassen zurück. Er lege mehr Gewicht auf das Urteil der Massenmitglieder, als auf das der Interessenten die um ihren Verdienst in Sorge seien.

Reim Abschmitt Arbeitsvertragsrecht und Arbeitsgerichtsbarkeit erklärt Abg. Aufhäuser (Soz.): Das Reallohnniveau von 1914 sei heute noch lange nicht wieder erreicht. Das müßte den Schlichtungsausschüssen klargemacht werden. Die Rationalisierung dürfe nicht nur zur Bereicherung einiger Wenigen dienen. Das Tarifvertragsrecht müsse beschleunigt verabschiedet werden.

Abg. Ende (Ztr.) schildert die Lohnverhältnisse in den verschiedenen Industriezweigen als durchaus unbefriedigend. Besonders schlimm sei es in der Tabakindustrie, wo die Unternehmer neuerdings sogar einen 5prozentigen Lohnabbau versuchten. Der Redner tritt für einen weiteren Ausbau des Tarifvertrags- und Schlichtungswesens ein.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) sieht die Aufgabe des Schlichters nicht allein in einem Ausgleich der Mieterschuldungen durch Lohnsteigerungen, wie das Wirtschaftsministerium sich im allgemeinen der Unternehmerinteressen annehme, sondern auch in der Unterstützung der Arbeiter. Die Schlichtungsverordnung sei doch zum Schutze gerade der Arbeitnehmer geschaffen. Der Redner fordert Gesamt-Betriebsräte für Konzerne und Schutz nicht wiedergewählter Betriebsräte gegen Entlassung.

Abg. Thiel (D. Vp.) bittet den Arbeitsminister um die authentische Interpretation, daß der Angestellte nicht dieselbe lange Kündigungsfrist einzuhalten braucht, wie der Arbeitgeber. Somit müsse das durch einen Gesekentwurf rückwirkend bestimmt werden. Redner verlangt ferner ein Gesetz über die Tariffähigkeit der Verbände. Eine gemollte Tarifunfähigkeit von Arbeitgeberverbänden dürfe es nicht geben.

Abg. Schmidt (Soz.) beklagt sich über die Schlichtungsausschüsse, die den Landarbeitern zu geringe Löhne zubilligten. Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 2 Uhr.

Der Altetat des Reichstages beschloß, die Staatsberatungen unter allen Umständen bis Ende März zum Abschluß zu bringen. Die kurzen Donnerstagsitzungen sollen im Interesse der Durchführung der Staatsberatungen wegfallen. Sowie der Haushaltsausschuß mit seinen Staatsberatungen fertig ist, wird das Reichstagsplenum vormittags und nachmittags Sitzungen abhalten.

Ermäßigung der Lohnsteuer? Im Steuerauschuß des Reichstages haben die Demokraten folgende Änderung des Einkommensteuergesetzes beantragt: Von dem die Steuerfreien Beträge überfließenden Arbeitslohn hat der Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung einen Betrag von 8 v. H. bei einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 4000 Reichsmark und von 10 v. H. bei einem Jahresarbeitsverdienst von 4-8000 Reichsmark für Rechnung des Arbeitnehmers als Steuer einzubehalten.

Zentrum und Bayerische Volkspartei. Dem „B. Z.“ zufolge hielt der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages am Donnerstag eine Sitzung ab, in der die Frage der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei erörtert wurde. Es wurde, wie es in der Mitteilung des genannten Blattes heißt, beschlossen, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden sollen.

Die Schweiz und Sowjetrußland. Laut „Westminster Gazette“ haben Chamberlain und Briand versucht, die Schweiz zu neuen Bemühungen um die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rußland zu bewegen.

Politische Neuigkeiten

Die Mieterhöhungen vom Reichsrat angenommen

Der Reichsrat hielt am Donnerstag mittag eine öffentliche Sitzung ab.

Aber die Verordnung der Reichsregierung über Festsetzung der gesetzlichen Miete derart, daß vom 1. April 1928 und vom 1. Oktober 1927 ab weitere 10 Proz. zur Friedensmiete hinzugefügt werden sollen, fand eine namentliche Abstimmung statt, deren Ergebnis die Genehmigung der Verordnung mit 47 gegen 19 Stimmen war. Gegen die Verordnung stimmten die Vertreter der preussischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien, Sachsen und Hessen-Rhassau, während die Stimmen des preussischen Staatsministeriums für die Verordnung abgegeben wurden. Darnach stimmten mit Nein: Baden, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Bremen, Lippe, Lübeck. Der Vertreter von Anhalt enthielt sich der Stimme.

Die Beratung über das Arbeitszeitgesetz wurde wiederum von der Tagesordnung abgesetzt, da noch immer keine Einigung unter den Regierungsparteien über die Frage erzielt worden ist.

Der Reichstagsausschuß für das Wohnungswesen beschäftigte sich am Donnerstag mit den demokratischen und kommunistischen Anträgen, die eine Milderung der Folgen herbeiführen wollen, die durch die Freigabe der gewerblichen Räume sich ergeben haben. Der Ausschuß hielt eine Regelung im Sinne des demokratischen Antrages für erforderlich, wonach paritätisch bestellte Schiedsstellen eingesetzt werden sollen, die bei Kündigungen und Mietssteigerungen angerufen werden können.

Der Finanzausgleich

Die Vorlage über den vorläufigen Finanzausgleich wird heute Freitag im Steuerauschuß des Reichstages beraten. Im Hinblick darauf haben die Vertreter der Regierungsparteien am Donnerstag eine abschließende Besprechung in der Reichskanzlei mit dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister gehabt. Es handelt sich darum, ein einheitliches Vorgehen der Regierungsparteien im Ausschuß herbeizuführen, was gefordert, der „Tägl. Rundsch.“ zufolge, erreicht worden ist.

Die Regierungsparteien sind damit einverstanden, daß der endgültige Finanzausgleich nicht schon am 1. April 1928 in Kraft tritt, sondern daß dem vorläufigen Finanzausgleich noch ein weiteres Jahr Geltungsdauer verliehen wird. Den Ländern müssen die Umsatzsteuern in der garantierten Höhe von 400 Millionen M. zugestanden werden. Sie ist aber hinter der Schätzung ihres Beitrages zurückgeblieben, und infolge dessen muß zur vollen Deckung der Garantiesumme der Ertrag der Einkommensteuer mit etwa 200 Millionen Mark herangezogen werden. Diese 200 Millionen M. werden den Ländern nach dem Schlüssel der Umsatzsteuer, d. h. nach der Kopfzahl zugeteilt, während die Einkommensteuer nach dem Schlüssel des Steueraufkommens verteilt wird. Bei den Verhandlungen wurde ferner noch die Aufhebung der Gemeinde- und Kreissteuer besprochen, die nun nach dem Gesetz über den vorläufigen Finanzausgleich vom 1. April außer Kraft treten soll. Geplant ist, daß das Reich hier bis zu einem gewissen Grade eingreift, wenn der Ausfall der Steuer eine erhebliche Schädigung der städtischen Finanzen zur Folge hat. Ferner handelt es sich um den § 35 des Finanzausgleichsgesetzes, der den Schutz der finanzschwachen Länder bewirkt und den der Reichsfinanzminister weiter ausbauen will.

B.Z. Berlin, 11. März (Tel.). Wie das B.Z.-Büro erfährt, verlegt der Steuerauschuß des Reichstages auf Antrag der Oppositionsparteien die Beratung des vorläufigen Finanzausgleichs bis zum Montag, weil inzwischen neue Anträge der Regierungsparteien eingegangen sind, die nach Ansicht der Oppositionsparteien eine völlige Änderung der Finanz- und Steuerpolitik bedeuten.

Reichsregierung und Aufwertung

Im Reichstagsauschuß des Reichstages gab, wie schon kurz gemeldet, am Donnerstag Reichsjustizminister Dr. Ferg im Namen der Reichsregierung eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt:

An den Grundzügen der Aufwertungsgesetzgebung darf nicht gerüttelt werden. Maßgebend für diese Einstellung ist einmal die notwendige Rücksicht auf die Kontinuität der Gesetzgebung, ferner die Rücksicht auf die Wirtschaft des gesamten Volkes, die eine nochmalige Aufrollung bereits abgeschlossener Rechtsverhältnisse nicht vertragen würde, des weiteren die Sorge für eine unge störte Pflege des Realcredits.

In Wahrung dieses Grundsatzes glaubt die Reichsregierung, indem, dem Reichstag einige Vorschläge machen zu sollen, die dazu bestimmt sind, gewisse Zweifelsfragen von erheblicher Tragweite zu klären. Die Vorschläge der Reichsregierung werden die Gewähr dafür bieten, daß die Verzinsung der Hypotheken, die bereits gelöst waren, mit einem festen und zwar zeitlich juristisch liegenden Zeitpunkt beginnt. Sie wollen ferner den Hypothekengläubigen die Befugnis einräumen, nach eigener Entschliebung seine Hypothek in eine Grundschuld umzuwandeln zu lassen, um ihn aus der von dem Verhältnis des persönlichen Schuldners hergeleiteten Härteklause zu befreien.

Für diese Vorschläge ist eine Rückwirkung in Aussicht genommen, so daß sie auch den Gläubigern zugutekommt, deren Aufwertungsbeitrag mit Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse des Schuldners herabgesetzt ist. Daneben werden die Vorschläge der Regierung sich auf eine Reihe, wenn auch mehr formaljuristischer, so doch nicht unwichtiger Punkte erstrecken. Die Vorarbeiten zu dem Entwurf sind so weit gediehen, daß er in den nächsten Tagen dem Reichsrat und dem Reichstag zugeleitet werden kann.

In der Zwischenzeit ist bei dem Reichsminister des Innern von der Reichsarbeitsgemeinschaft für Aufwertungsfragen der Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens eingereicht worden. Die Beratung im Kabinett zu dieser Frage steht unmittelbar bevor. Nach deren Abschluß wird Gelegenheit sein, den Ausschuß über das Ergebnis zu unterrichten.

Neben den vorerwähnten Ergänzungen der Aufwertungsgesetzgebung wird gerade für die von dem Aufwertungsgefeß betroffenen Kreise die wirtschaftliche Gestaltung des Jahres 1927 von besonderer Bedeutung sein, und es wird in diesem Zusammenhang den Ausschuß interessieren, daß über eine den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Belangen entsprechende Verwendung der aus der Mieterschöpfung stichenden Beträge von Seiten der Länder oder, wenn diese es wünschen, des Reiches, nähere Bestimmungen in Bälde zu erwarten sind.

Der Ausschuß wird weiter besonderen Anteil daran nehmen, daß die Beratungen der Reichsregierung mit den politischen Parteien über die Verbesserung der Lage der Kleinrentner soweit gefördert sind, daß sie noch im Rahmen der Beratungen zum Etat des Reichsarbeitsministeriums zum Abschluß gebracht werden können. Damit wird eine Frage ihre Erledigung finden, die mit den dem Ausschuß überwiesenen Anträgen aufs engste verbunden ist.

Namens der Reichsregierung bittet ich den Ausschuß, bei seinen Beratungen diese Ausführungen über den gesamten mit der Aufwertungsfrage verbundenen Fragenkomplex entsprechend zu berücksichtigen.

Auf eine Anfrage des Abg. von Nichts (Dem.) hatte vorher Reichsjustizminister Ferg noch den Wortlaut des Privatbriefes des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons mitgeteilt, worin der Satz vorkommt, daß „das Reichsgericht heute in vielen Fällen nicht mehr eigentliches Recht, sondern nur mehr oder weniger großes Unrecht sprechen“ könne. In einem Schreiben an ihn, den Reichsjustizminister, habe Dr. Simons erklärt, daß sein Brief wider seinen Willen veröffentlicht und ohne Berücksichtigung seiner Entschuldigungsgründe verwendet worden sei. Außerdem habe sich Dr. Simons gegen eine weitergehende Aufwertung in vollem Umfange ausgesprochen.

Der Reichspräsident hat Donnerstag Mittag Barter Gilbert und den Reichsbankepräsidenten Schacht empfangen. Erhöhung der Biersteueranteile Bayerns, Württembergs und Badens? Die Regierungsparteien haben im Steuerauschuß des Reichstages einen Antrag eingebracht, der den jährlichen Anteil Bayerns an der Biersteuer von 17,2 auf 45 Millionen, den Anteil Württembergs von 3,3 auf 3,633 und denjenigen Badens von 2,2 auf 5,755 Millionen Reichsmark erhöhen will. Für das Jahr 1926 soll den drei Ländern ein Viertel des Unterschiedsbetrages nachgezahlt werden. Präsident Marfurt in Bern. Der Präsident der tschechoslowakischen Republik, Marfurt, ist Donnerstag vorm. 9,45 Uhr in Begleitung seiner Tochter, Elise, Präsidentin des tschechischen Roten Kreuzes, von Basel kommend in Bern eingetroffen.

Politischer Anschlag in Kowno. Heute Freitag morgen um 5 Uhr wurde — nach einer Meldung des „Memelex Dampfboots“ — auf die Redaktion und das Druckereigebäude der Kownoer „Lietuvos Jutis“, des „organs der volkssozialistischen Partei, ein Bombenanfall verübt. Das Druckereigebäude ist vollkommen zerstört. Maschinen und Vorräte sind vernichtet. Auch die Redaktion ist beschädigt. Es waren zwei Explosionen zu hören. Man nimmt an, daß es sich um einen politischen Terrorakt handelt.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Ausschuß für Gesuche und Beschwerden

beschäftigte sich am Donnerstag in einer den ganzen Tag beanspruchenden Sitzung auf neue mit den Beschuldigungen des früheren Angestellten beim Badenwert Rüb. Die meisten der Beschuldigungen waren bereits einmal im Landtag erörtert worden. Damals hatte die Fraktion der Bürgerlichen Vereinigung eine förmliche Anfrage über das Badenwert eingebracht und der damalige Finanzminister Dr. Köhler hatte in seiner Antwort darauf die Haftlosigkeit der Rübischen Vorwürfe nachgewiesen. Der jetzige Reichsfinanzminister Dr. Köhler erklärte erst kürzlich, daß er keine Veranlassung habe, durch irgendwelche Maßnahmen einer restlosen Aufklärung der Beschuldigungen aus dem Wege zu gehen. Zwei Gesuche des Rüb vom November 1925 u. Januar 1926 an den Badischen Landtag und ein neuerliches Gesuch vom Jahre 1927 konnten erst in der Donnerstag-Sitzung des Ausschusses für Gesuche und Beschwerden behandelt werden, teils, weil das Ergebnis einer Reihe von Verfahren abgewartet werden mußte, teils weil die Notwendigkeit eines eingehenden Studiums der überaus umfangreichen Akten eine frühere Berichterstattung nicht zuließe.

In der Ausschusssitzung gab zunächst der Berichtsfatter, Abg. Dees (Dem.), in einem nahezu dreistündigen Vortrag ein Bild von dem Inhalt der zwei Eingaben und von den Ergebnissen des dienstpolizeilichen Verfahrens, sowie der Gerichtsverfahren, die wegen der von Rüb behaupteten Dinge durchgeführt worden sind. Da der Ausschuß eine mündliche Verhandlung im Plenum beschloß, hat, wird sich Gelegenheit bieten, im Anschluß an die zu erwartenden Plenarberatungen nochmals auf die Einzelheiten einzugehen.

In der Aussprache wurde von allen Seiten betont, daß die in dem dienstpolizeilichen und in den gerichtlichen Verfahren gemachten Feststellungen die Haftlosigkeit der weit aus meisten Rübischen Behauptungen ergeben haben. Der Redner der Bürgerlichen Vereinigung betonte, daß der Fraktionsführer seiner Partei schon in seiner Erklärung im Plenum vom 8. Juli von Rüb abgerückt sei und daß sich seine Fraktion Rüb nicht mehr an die Nachschöffe hängen lasse. Bezüglich der Artikel in der „Badischen Zeitung“, die sich Rüb angenommen und scharfe Angriffe gegen den früheren Finanzminister Köhler erhoben hatte, erklärte der Redner, daß seine Fraktion nicht für alles was in dieser Zeitung stehe, verantwortlich gemacht werden könne. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Danemann habe mit dem jetzigen Reichsfinanzminister Köhler darüber gesprochen, ob man die Sache nicht gütlich belegen könne. Diese Anfrage sei auf Grund eines Mißverständnisses erfolgt, mit dem aber Köhler nichts zu tun gehabt habe. Köhler habe sich bereit erklärt, mit seinen Freunden in Baden darüber zu sprechen, ob die Sache nicht auf irgend eine Weise aus der Welt geschaffen werden könne. Während des Aufenthalts Köhlers in Baden sei aber in einem Forzheimer rechtsstehenden Blatt ein scharfer Angriff auf Köhler in dieser Sache erschienen und der Reichsfinanzminister habe daraufhin erklärt, daß er jetzt nichts mehr in der Angelegenheit tun könne.

Nach eingehender Beratung in der alle Punkte der Rübischen Vorwürfe sorgfältig durchbesprochen und zum allergrößten Teil als völlig unbegründet aufgeföhrt worden waren, beschloß der Ausschuß, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Gegen diesen Antrag stimmten 4 Abgeordnete (3 Bürgerliche Vereinigung und 1 Kommunist), 2 Abgeordnete (Deutsche Volksp.) enthielten sich der Stimme.

Verbindung der süddeutschen Kraftwerke

Das Bayernwerk A.G. hat am 12. Februar, wie aus München gemeldet wird, die Stromlieferung für die Oberlandwerke Jagstkreis A.G., in Ellwangen aufgenommen. Der Strom wird vom Bayernwerk, Umspannungswerk Meitingen bei Augsburg, über eine 100 000 Voltleitung nach dem Umspannungswerk Niederstfödingen der Württembergischen Landes-elektrizitäts-A.G. geleitet, von hier aus auf 60 000 Volt umgespannt und nach Ellwangen geleitet. Die neuhergestellte 60 000 Voltleitung der Württembergischen Landes-elektrizitäts-werke A.G. stellt das Schlüsselstück des großen Württemberg durchziehenden und die dortigen größeren Werke zusammen-schließenden 60 000 Volttranges dar. Die Württembergische Landes-elektrizitäts-werke A.G. Stuttgart bezieht seit September 1924 den größten Teil der von ihr bezogenen Energie von den Bayernwerken. Nach Ausführung der geplanten 100 000 Voltleitung von Oberstfödingen nach Forzheim und Willingen für das Bayernwerk durch das Netz der Württembergischen Landes-elektrizitäts-werke A.G. wird es auch mit dem Badenwert in Verbindung stehen, so daß auch alle größeren süddeutschen Kraftwerke zusammengeschlossen worden sind.

Evangelische Landessynode

10. März.

Die 4. öffentliche Sitzung wird gegen 10 Uhr eröffnet. Die Synode nimmt zunächst einen Antrag Dr. Solbermann und Genossen, der das Konordat ablehnt, nach dem Beschluß des Ausschusses einstimmig an. Dann wird beschlossen, für den Kirchenpräsidenten und die Mitglieder der Kirchenregierung bei den öffentlichen Vertretungen der Kirche Amtsbefugnisse zu schaffen, die sich deutlich vom Prälatenamt unterscheiden.

Sodann wird die Verhandlung des Hauptberichts wieder aufgenommen. Eine Entschließung über die Zusammenlegung kleiner Pfarren, die geistliche Kräfte für die Großstadtgemeinden freimachen soll, wird angenommen, ebenso die Anregung, es solle vom Staate eine Prüfung für Religionsunterricht und Gehörlich im Rahmen der Prüfung für das höhere Lehramt eingeführt werden. Eine Entschließung über die Kirchenaustrittserklärung, die wie in Württemberg, nicht sofort, sondern erst nach einer vier Wochen darauf erfolgenden zweiten Erklärung in Rechtskraft treten soll, wird angenommen. Bezüglich der sozialen Aufgaben der Kirche schlägt Abg. Kappes vor, daß alle Gruppen ihre eigene Resolution fassen und sich dann auf eine gemeinsame Plattform stellen, indem sie gemeinsam die große Not der Arbeitslosigkeit bekämpfen und die Überwindung ihrer Ursachen der Kirche und ihren Gliedern ans Herz und Gewissen legen. Die vom Abg. Kappes vorgeschlagene kurze Kundgebung wird einstimmig angenommen.

Die vier Mitglieder für den Sonderausschuß des Verfassungsausschusses werden zuerst gewählt, dann die Mitglieder des kirchlichen Dienstgerichts, dann die acht Mitglieder des Agendenausschusses, die acht Mitglieder zur Bearbeitung des Katechismenentwurfs, die drei Mitglieder für den deutsch-evangelischen Kirchentag und ihre Stellvertreter. Die kirchliche Regierung wird beauftragt, eine Kommission zur Gesetzsammlung einzusetzen.

Hierauf wird die Wahl der Synodalmitglieder der Kirchenregierung vorgenommen. Von positiver Seite werden gewählt die Abg. Bender, Hoffmann, Keller, als Stellvertreter Herrmann, Frey, von Götter, Camerer, von liberaler Seite D. Bauer und Schulz, als Stellvertreter D. Holtzmann und D. Frey, vom Volkskirchenbund Dietrich, als Stellvertreter Abg. Löw. In feierlicher Weise wird zuerst der Synodalpräsident vom Kirchenpräsidenten und dann die anderen Gewählten vom Präsidenten der Synode verpflichtet. Nach Dankesworten und Rückblick auf die in dieser Tagung geleistete Arbeit verläßt die Synode.

Der Finanzminister an den Landesausschuß für Leibesübungen

Der Landesausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege hatte den badischen Finanzminister Dr. Schmitt zu seiner Wahl beglückwünscht und für die bisherige Unterstützung als Ministerialdirektor im Unterrichtsministerium gedankt. Darauf ist dem Landesausschuß folgendes Antwortschreiben des Ministers zugegangen: „Dem Badischen Landesausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege spreche ich für die so freundlichen Glückwünsche anlässlich meiner Berufung an die Spitze der badischen Finanzen den verbindlichsten Dank aus. Die schon bisher getätigte Förderung Ihrer Bestrebungen nunmehr auch im Kreise des mir neugeordneten Tätigkeitsfeldes fortzusetzen, werde ich mir zur ersten Pflicht machen. Unsere Jugend soll zu tüchtigen Männern heranreifen; dazu beizutragen, werde ich mich nach allen Kräften bemühen. Mit vorzüglicher Hochachtung! ergebenst ges.: Dr. Schmitt.“

Die Sparsparlagen in Baden

Die Sparsparlagen bei den badischen Sparkassen haben sich im Monat Januar 1927 um 8,3 Millionen RM. vermehrt. Nach dem Ergebnis der „Eilbilanz“ am 31. Januar 1927 sind 149 badischen Sparkassen 139 beteiligt haben, betrug der Bestand an reimen Sparsparlagen bei diesen Kassen anfangs des Jahres etwa 145 Millionen RM., Ende des Monats Januar 153,3 Millionen RM. Schätzungsweise kann errechnet werden, daß die sämtlichen 149 in Betrieb befindlichen badischen öffentlichen Sparkassen am 31. Januar 1927 rund 157,5 Millionen RM. verwaltet haben. In der Höhe der Giro-, Scheck- und Depositionenlagen ist gegenüber dem Vormonat eine Veränderung kaum eingetreten. Der Bestand bei den Sparkassen beläuft sich auf etwa 32,3 Millionen RM.

Die Lohnverhandlungen für die Mannheimer Metallindustrie gescheitert

10. März. In den Tagen des Jahres 1927 vom Deutschen Metallarbeiterverband eingereichten Lohnforderungen für die Mannheimer Metallarbeiter teilten die Arbeitgeber in einer gestern abgehaltenen Besprechung der Lohnkommission mit, daß sie mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage nicht fähig seien, Zugeständnisse zu machen. Von Arbeitgeberseite wurde empfohlen, den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung anzurufen. Die Lohnverhandlungen sind demnach als gescheitert anzusehen. Der Schlichtungsausschuß wird am kommenden Dienstag über die Lohnstreitfrage entscheiden.

Kündigung des Lohnabkommens in der Schwarzwälder Uhrenindustrie

Eine in Billingen abgehaltene Konferenz der Funktionäre aller Arbeitnehmerverbände hat einstimmig beschlossen, das mit den Uhrenindustriellen vereinbarte Lohnabkommen auf Ende des Monats März zu kündigen.

Tagungen

In den Pfingsttagen, den 5. und 6. Juni, wird in Konstanz der diesjährige Kreisstag des Kreises 4 des Deutschen Faltenbundes (Württemberg, Baden, Rheinpfalz, Elsaß-Lothringen und Hohenzollern) abgehalten werden. Auch die benachbarten Bayern, Schwaben und Litterer werden in größerer Zahl an der Tagung teilnehmen. In Verbindung mit dem Kreisstag soll auch eine graphische Ausstellung veranstaltet werden.

Saubere Tagungen. Der Kreis Baden-Württemberg-Pfalz des Deutschen Sauberevereins wird Mitte Mai in Freiburg seine diesjährige Kreisversammlung abhalten.

Schwarzbrennerprozesse

10. März. Vor dem Offenburger Schöffengericht wurde heute das in der Dezemberverhandlung abgetrennte Verfahren im großen Schwarzbrennerprozeß gegen die Angeklagten Kaufmann Wilhelm Ahlich, Magdeburg, und Wille, damaliger Geschäftsführer der Deutschen Handels- und Industrie-Gesellschaft in Magdeburg wieder aufgenommen. Den Vorsitz führt wieder Amtsgerichtsrat Steurer, Gengenbach, die Anklage vertritt Amtsgerichtsrat Mohr, Freiburg, als Staatsanwalt. Die Dauer der Verhandlung ist bis Dienstag, den 15. März, vorgesehen. Heute und morgen vormittag werden die beiden Angeklagten vernommen. Am Freitag nachmittag beginnt die Vernehmung der Zeugen, die der Samstag ausfüllen wird. Am Montag werden die Plaidoyers gehalten und am Dienstagabend wird das Urteil gefällt.

10. März. Vom Einzelrichter des hiesigen Amtsgerichts wurde der Hilfsarbeiter Jakob Teufel wegen Vergehens gegen das Branntweingesetz zu einer Geldstrafe von 20 RM. oder für je 50 RM. 1 Tag Gefängnis und weiter zu 2216 RM. Wertersatz für hinterzogene Steuern und zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Vermögensverhältnisse des Angeklagten wurden geprüft. Der Vater des Angeklagten, Landwirt und Fuhrmann Jakob Teufel sen. wurde für die Aufbringung der Strafe mit haftbar erklärt. Jakob Teufel jun. hatte am Sammelgefäßraum seiner gewerblichen Verschlussherstellung die Folgen der Türkloßen abgefaßt und mit einem Gewinde versehen, so daß man trotz amtlichen Verschlusses ungehindert in den Raum eindringen konnte. Dem Sammelgefäß hatte er dann unbefugte größere Quantitäten Branntwein entnommen. Jakob Teufel sen. wuschte von den Manipulationen seines Sohnes und hatte sie nicht verhindert.

Gemeinde-Rundschau

Erholungsheim in Oberkirch. Der Ausschuß der Allg. Ortskrankenkasse Bruchsal (ca. 13.000 Mitglieder) hat einstimmig dem Erwerb des Hotels Gugelmeier in Oberkirch als Erholungsheim für 85.000 RM. zugestimmt. Das Anwesen wird am 12. März übernommen und baldigst in Betrieb gesetzt. — Der Krankenstand der Kasse ist Ende Februar auf 4,76 Proz. gegen 10,55 Proz. im Januar (Grippe) gesunken.

Befuchtsiffer von Baden-Baden. Die Zahl der Fremden belief sich vom 1. Januar bis 28. Februar 1927 in Baden-Baden auf 4188. Davon entfallen auf Deutsche 3888 (92,8 Proz.) und auf Ausländer 300 (7,2 Proz.).

Die Oberrealschule in Lahr. Der Bürgerausschuß in Lahr genehmigte eine Vorlage des Stadtrates über den Ausbau der Aufbaurealschule zur Oberrealschule durch Angliederung der Oberrealschule II und später der weiteren Klassen und den persönlichen Aufwand, den die Stadt allein zu tragen hat, und der sich auf ungefähr 5000 RM. jährlich beläuft, nach kurzer Aussprache einstimmig.

Der Berliner Einheitsverkehrsstarif. Der Ausschuß der Berliner Straßenbahn beschloß, den neuen 20-Pfennig-Einheitsstarif für die drei städtischen Verkehrsunternehmungen ab 15. März in Kraft treten zu lassen. Nur die Umsteigeberechtigung von der Straßenbahn und Hochbahn zum Omnibus soll erst eingeführt werden, wenn der Wagenpark der Omnibusgesellschaft erweitert worden ist.

Aus der Landeshauptstadt

Die Hauptversammlung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen wird vom 2.—4. Juli d. J. in Karlsruhe stattfinden und von der Deutschen Turn- und Sportausstellung Karlsruhe (Baden) 1927 (Turnen, Sport, Spiel, Wandern) vom 25. Juni bis 10. Juli umrahmt sein. Bereits haben der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen und das Museum für Leibesübungen ihre Wandausstellungen zugesagt, die den Grundstoff bilden, um den sich die Wandausstellungen der Verbände, die sich alle beteiligen werden, gruppieren. Die Ausstellung dürfte so ein Bild dieser Bewegung geben, wie wir es in Südwestdeutschland noch nicht gesehen haben.

Karlsruhe als Fremden- und Kongreßstadt. Im Jahre 1926 wurde Karlsruhe von 106.727 Fremden besucht. Der Besuch der Ausländer nahm beträchtlich zu. Er stieg von 7943 im Jahre 1925 auf 8951 im vergangenen Jahr, also um 12,69 Prozent. In diesem Jahre beherbergt Karlsruhe 22 Kongresse, darunter den großen deutschen Geographentag und die Tagung des Reichsausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege. Ferner finden 14 Ausstellungen und 18 große kulturelle und sportliche Veranstaltungen statt.

Eine wertvolle goldene Nadel, die mit einer Perle und mehreren Smaragden besetzt ist, wurde in einer Straßstraße Mitte Dezember 1926 beschlagnahmt; der rechtmäßige Eigentümer der Nadel konnte noch nicht ermittelt werden. Eigentumsansprüche erbittet das Badische Landespolizeiamt in Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 15.

Badisches Landestheater. Mit dem Schauspiel „Bonaparte“, dessen Uraufführung am Samstag, dem 12. März, unter Felix Baumhads Spielleitung stattfindet, geht ein zweites Werk Fritz von Unruh hier in Szene. Sein „Louis Ferdinand, Prinz von Preußen“, vor vier Jahren hier aufgeführt, gehört noch einer Schaffensperiode des Dichters an, die von der folgenden, deren letztes Drama der „Bonaparte“ ist, durch eine abgrundtiefe Kluft getrennt ist. Die aufwühlende seelische Erschütterung durch das Weltkriegserlebnis hat Fritz von Unruh von allen durch eine jahrhundertalte Blutsverfälschung genährten Bindungen des Fühlens und Denkens mit elementarer Wucht losgerissen und ihn jäh in eine Sphäre hinaufgehoben, in der sich ihm das wogende Chaos der Gegenwart zum großen menschlichen Mysterium geweitet hat. Von diesen gährenden Stimmungsgewalten braust und schäumt es auch in diesem „Bonaparte“. Sie geben dem Stück seinen eigentümlich problematischen Charakter und weisen ihm in jedem Falle in der Gegenwartsbildung einen besonderen Platz an. — In der dramatischen Rundfunkstunde des Bad. Landestheaters spricht am heutigen Freitag, 11. März Herr Oberpiellleiter Felix Baumhads über Fritz von Unruhs „Bonaparte“.

„Unter Bühnen-Tea“ und Modeschau bei Hermann Ties. Nach schweigen wir in den schönen Erinnerungen des eben verstorbenen Faschings, da tritt das fröhliche Bühnenballet auf den Plan und ruft zu einer Wohltätigkeitsveranstaltung auf. Zu Gunsten der Wohlfahrtskassen der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger soll am nächsten Montag, Dienstag und Mittwoch Nachmittag in den besonders hierzu umgestalteten Räumen des Warenhauses Hermann Ties ein „Unter Bühnen-Tea“ stattfinden, dem eine Ausstellung hiesiger Künstler sowie eine „Modeschau“ bei Fr. Herrn Ties passend eingegliedert wird. Das Programm dieses „Unter Bühnen-Teas“ weist die Namen nahezu sämtlicher Solomittelglieder von Oper und Schauspiel des hiesigen Landestheaters auf, ebenso wird das Ballet in seinen ersten Kräften vertreten sein und auch sonstige geschätzte Künstler unserer Stadt haben ihre Mitwirkung zugesagt. Es handelt sich um eine Veranstaltung allergrößten Stils, die zu einem direkten Ansturm auf die Vorverkaufsstelle bei Hermann Ties führen dürfte. Der Eintrittspreis ist den zu erwartenden künstlerischen Genüssen gegenüber gering und in ihm ist auch noch die Bewirtung mit Tee und Kuchen eingegriffen. Im obersten Stockwerk des Warenhauses sind in wochenlangem Vorarbeit und unter Aufwendung erheblicher Kosten für die Vorbereitungen geradezu einzigartige Räume geschaffen worden, in denen sich die Besucher sicher außerordentlich wohl und heimlich fühlen werden. Da eine Überfüllung dieser Räume im Interesse einer glatten Abwicklung der Vorbereitungen unbedingt vermieden werden muß und deshalb jeweils nur eine beschränkte Anzahl von Eintrittskarten ausgegeben werden kann, andererseits aber ein außerordentlicher Andrang mit Sicherheit zu erwarten ist, wurde die ganze Veranstaltung auf drei Nachmittage verteilt, die im Programm unterschiedlich in den künstlerischen Leistungen aber vollkommen gleichwertig gehalten sind.

Wetternachrichten des Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Auf der Rückseite der inzwischen in mehrere Teilwirbel zerfallenen Europazyklone dringen von Norden Kaltluftmassen gegen das Festland vor, die bei uns zu einer weiteren Senkung der Temperaturen und zu Niederschlägen geführt haben. Im Schwarzwald sind bei leichtem Frost bis zu 30 Zentimeter Neuschnee gefallen. Die Regen- und Schneefälle dauerten stellenweise auch heute Morgen noch an. Mit fortschreitendem Zerfall des Tiefdruckgebietes und weiteren Vordringen des hohen Druckes aus Nordwesten ist bei uns allmählich Aufhellung zu erwarten. Die Zufuhr kalter Luft aus Norden stellt in Verbindung mit nächtlicher Ausstrahlung für die Folgezeit auch Nachtfrostgefahr in der Ebene in Aussicht. **Voraussicht.** Witterung für Samstag: Zunächst noch einzelne Niederschläge, im Gebirge bei leichtem Frost als Schnee, später zeitweilige Aufhellungen, Temperaturen noch wenig verändert.

Kurze Nachrichten aus Baden

10. März. Die Feier des 50jährigen Doktorjubiläums beging dieser Tage der hervorragende Kenner der Geschichte der Goldschmiedekunst Geheimrat Prof. Dr. Rasenberger. Eine Deputation der Technischen Hochschule Karlsruhe überbrachte dem langjährigen Dozenten der Anstalt unter Führung ihres derzeitigen Rektors herliche Glückwünsche. Die Universität Heidelberg erneuerte die Doktorwürde des Jubilars, die Universität Bonn ehrte ihn durch die Ernennung zum Ehrenmitglied der Kunstgeschichtlichen Arbeitsgemeinschaft Bonn.

10. März. In diesem Jahre soll wieder eine größere Anzahl von Gebäuden mit Ziegeln umgedeckt werden, so daß damit in Baden die Schindeldächer zum größten Teil verschwunden sein werden. Zur Umdeckung der Dächer wird dem Eigentümer von der staatlichen Feuerversicherung ein Zuschuß gewährt.

10. März. In einer hier am Sonntag unter dem Vorsitz von Staatsrat Weiskopf abgehaltenen landwirtschaftlichen Besprechung wurde nach einem Referat von Landwirtschaftsrat Eberhard, Karlsruhe, ein landwirtschaftlicher Berufsring Pfullendorf gegründet.

Börsen und Märkte

Wochenrückblick nach dem Stand vom 10. März. An der Börse besteht nach wie vor große Unsicherheit und ausgesprochene Neigung zur Vorsicht. Die Märkte hatten unter den fortwährenden Realisationen stark zu leiden. Schuld daran war vor allem die Undurchsichtigkeit der Geldverhältnisse und die Befürchtung, daß die Prolongationen am Geldmarkt zum Medio und zum Monatsultimo, der diesmal Quartalsultimo ist, verschärft würden. Die Haltung der Reichsbank in den schwebenden Fragen des Geldmarkts ist noch durchaus ungewiß. Von Einfluß war auch die Höhe der spekulativen Engagements. Ferner verstimmt die Vertagung der Freigabeangelegenheit in Amerika. Die Baifseparat machte weitere scharfe Vorstöße. Der Verkehr an der Börse konzentrierte sich hauptsächlich auf einige Spezialwerte, in welchen Meinungskäufe der Spekulation kurzfristigen Gewinn zu erwirken. Im ganzen war die Kursbildung aber durchaus unheimlich und schwankend. Mehrmaliger Tendenzwechsel und große Zurückhaltung waren die Kennzeichen dieser Woche.

Am Geldmarkt hat die Verteilung nur wenig nachgelassen und die Geldnachfrage, auch nach Tagesgeld, ist immer noch sehr stark. Die Reichsanleihefinanzierung, der letzte Ultimobedarf, auch die zweimonatlichen hatten zu einer Häufung der Ansprüche geführt, die an den Geldmarkt große Ansprüche stellten. Dazu kamen wichtige Anforderungen öffentlicher Stellen. Für die Weiterentwicklung ist zu beachten, daß der landwirtschaftliche Bedarf eine nicht unbedeutende Rolle spielen wird. Aber auch die Industrie wird bei der anziehenden Konjunktur noch mancherlei Finanzierungsansprüche stellen. Für den kommenden Medio ist man nicht optimistisch gestimmt. Zudem naht der Quartalsultimo heran, so daß es sehr zweifelhaft ist, ob überhaupt im März mit einer entschiedenen Entspannung des Geldmarkts und einem Abbau der Zinsfüße zu rechnen ist.

Produktenmarkt. Auf den Getreidemärkten war die Haltung etwas freundlicher. Weizen zog im Anschluß an die festere Haltung der Auslandsmärkte etwas an. Die Umsätze blieben aber noch ziemlich gering. Die Mehlmärkte lagen fast vollkommen still.

Warenmarkt. Die Wirtschaftslage befindet sich in einem langsamen Aufstieg. Von der Leipziger Frühjahrsmesse, die aus dem In- wie Auslande überaus gut besucht ist, wird über eine lebhaftige Nachfrage berichtet, die diesmal schneller als sonst zu Abschluß führt, da der Handel angesichts der aufstrebenden Konjunktur sich rechtzeitig zu den heute sehr günstigen Preisen einbeugen will. Das deutsche Preisniveau ist auf dem Weltmarkt durchaus wieder konkurrenzfähig.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	11. März		10. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168,55	168,97	168,55	168,97
Kopenhagen 100 Kr.	112,21	112,49	112,20	112,50
Italien . . . 100 L.	18,79	18,83	18,80	18,84
London . . . 1 Pf.	20,441	20,493	20,438	20,490
Newyork . . . 1 D.	4,2125	4,2225	4,2120	4,2220
Paris . . . 100 Fr.	16,475	16,515	16,475	16,515
Schweiz . . . 100 Fr.	81,35	81,235	81,035	81,235
Wien . . . Schilling	59,29	59,43	59,29	59,43
Brag 100 Kr. 100	12,469	12,509	12,47	12,51

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 8. März d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10½ d. bzw. für ein Gramm Feingold 32,7536 pence.

Verschiedenes

Der Jürgens-Prozeß

wurde, wie aus Berlin berichtet wird, am Donnerstag unerwarteterweise auf Montag verlagert. Nach kurzer Beratung des Gerichts wurden die Haftbefehle gegen beide Angeklagte mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Das Ehepaar Jürgens wurde noch im Laufe des nachmittags aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit entlassen. Frau Jürgens wurde in ein katholisches Heim nach Saarow-Pieskow gebracht. Landgerichtsdirektor Jürgens begab sich zur Billigung des Justizrates Dr. Werthauer, der ihm seine Gastfreundschaft angeboten hatte.

Die Verluste in Japan

Nach den letzten im japanischen Innenministerium eingegangenen Nachrichten betragen die Verluste der letzten Erdbebenkatastrophe 2687 Tote, 6443 Verwundete. Zerstört wurden 10.000 Häuser und andere Gebäude.

Badisches Landestheater
Spielplan vom 12. März bis 22. März 1927

a) Im Landestheater:

Samstag, 12. März. * A 19 Th.-Gem. 1. S. G. Zum erstenmal: Sonnaparte von Fritz von Unruh. 7 bis g. 11 (5.—).
Sonntag, 13. März. Nachmittags: Außer Miete: Das Grab des unbekannten Soldaten. 8 bis n. 5 (3.—).
Abends: * C 19. Der Evangelist. 7 bis g. 10 (8.—).
Montag, 14. März. Außer Miete. Gastspiel Anna Pawlowa mit ihrem Ballettensemble von 40 Tänzern und Tänzerinnen. 8—10½ (9.—).
Dienstag, 15. März. * G 20 Th.-Gem. 301—400. Koenigin. 6 bis n. 10 (7.—).
Mittwoch, 16. März. Volksbühne 7. Wie es euch gefällt. Der 4. Rang ist für den allg. Verkauf freigehalten. 7½—10½ (5.—).
Donnerstag, 17. März. * D 19 (Donnerstagsmiete) Th.-Gem. 2. S. G. Sonnaparte. 7 bis g. 11 (5.—).
Freitag, 18. März. * F 20 (Freitagmiete) Wida. 7½—10½ (7.—).
Samstag, 19. März. * B 20. Einmaliges Gastspiel Rosa Bertens: Neuestudiert: Die Welt, in der man sich langweilt von Edmund Rilleron. 7½ bis g. 10 (6.—).
Sonntag, 20. März. Nachmittags: 13. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: Der Troubadour. 8—5½ (4.—).
Abends: * E 19. Th.-Gem. 3. S. G. Neu einstudiert: Tiesland von d'Albert. 7½—10 (8.—).
Montag, 21. März. Volksbühne 7. Wie es euch gefällt. Der 4. Rang ist für den allg. Verkauf freigehalten. 7½—10½ (5.—).

Dienstag, 22. März. * A 20. Th.-Gem. 701—800. Madame Butterfly. 8—10½ (7.—).

b) Im Stadt. Konzerthaus:
Sonntag, 13. März. Keine Vorstellung wegen des Volkstrauertags.
Sonntag, 20. März. * Stüpfel. 7½—9½ (4.—).

c) In der Stadt. Festhalle:
Montag, 21. März. 5. Volks-Sinfonie-Konzert. Solist: Alfred Hoehn. 8—10 (3.50).

Rundfunkstunde des Bad. Landestheaters
Freitag, den 18. März 1927, 6.45 Uhr.

Vorankündigung des Badischen Landestheaters
Mittwoch, den 20. März 1927: Uraufführung: Thomas Payne von Hanns Johst.
Mittwoch, den 6. April 1927: Gastspiel Baklanoff: Rigoletto.
Samstag, den 9. April 1927: Uraufführung: Der Patriot von Alfred Neumann.
Sonntag, den 17. April 1927: Parsifal von Rich. Wagner.

Vorrecht. a) bei Mietvorstellungen Umtausch für Inhaber von Hochstufen jeweils ab Samstag nachmittags 8½ bis 6 Uhr.
b) bei Vorstellungen außer Miete: Vorrecht der Platzmieter mit 10 Proz. Nachlaß auf die Tagespreise jeweils Samstag vormittags von 9½—12 Uhr. — Die im Wochenplan genannte Abteilung hat das erste Vorrecht, die übrigen von 10 Uhr ab. — Im ersten Vorrecht wird unter den Mietabteilungen abgewechselt.
c) Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Staatsanzeiger
Bekanntmachung
Nr. B 4725.
Ausbau der Realschulen.
Die Realschule in Eberbach wird mit Beginn des Schuljahres 1927/28 zu einer neunklassigen Vollanstalt ausgebaut. Sie führt die Bezeichnung „Oberrealschule Eberbach“.
Gemäß § 10 der Landesherlichen Verordnung vom 18. September 1909, die Einrichtung der höheren Lehranstalten betr., wird dies zur öffentlichen Kenntnis gebracht.
Karlsruhe, den 5. März 1927.
Der Minister des Kultus und Unterrichts
Seers

Personeller Teil
Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Staatsministeriums
Ernannt:
Oberlandesgerichtsrat Peter Vittinger zum Mitglied des Kompetenzgerichtshofs.
Ministerium des Kultus und Unterrichts
Besteht:
Die Professoren Josef Wolff, Leo Kern, Edwald Ingenkamp, Dr. Theodor Day, Wilhelm Gahn, Rudolf Geel und Dr. Otto Dannenberger von der Oberrealschule Mannheim an die Volk-Realschule daselbst.

VOLKS-DIGEST

Volks-Trauertag

Sonntag, den 13. März 1927, 3 Uhr nachm.

Allgemeine Feier auf dem Ehrenfriedhof

unter Mitwirkung der Vereinigung Badischer Volksmusik (Leiter: Obermusikmeister Heijig).

1. Trauermarsch „Ich hatt' einen Kameraden“ Friedmann
2. Ansprache, Herr Stadtpfarrer Herrmann
3. Abschied, aus den Niederländischen Volksliedern Valerius
4. Ansprache, Herr Oberbürgermeister Dr. Finter
5. Kranzniederlegungen
6. Gebet (Ich bete an die Macht der Liebe)

Kranzniederlegungen in der Reihenfolge der schriftlichen Anmeldungen bei der Geschäftsstelle Richard-Wagnerstraße 13 nur unter Namensnennung.

7½ Uhr abends
Gedächtnisfeier im großen Saal der Festhalle
Mitwirkende: Herr Wih. Krauß, Konzertorganist am Badischen Konservatorium für Musik (Orgel), Männergesangsverein Liederhalle (Leiter: Hugo Rahnert), Musikverein Harmonie (Leiter: Hugo Rudolph).

Wir laden die gesamte Bevölkerung zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen ein. Besondere Einladungen ergehen nicht. Die Teilnehmer werden gebeten, in der Bedeutung des Tages angemessener Kleidung zu erscheinen. Der Eintritt in die Festhalle ist frei. Für Schwerverletzten und ältere Hinterbliebene werden in den vorderen Reihen bis 7.15 Uhr nachm. Plätze freigehalten, wo auch Plätze für die Vertreter der Behörden sichergestellt sind.

Landesverband Baden
des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Volkstrauertag.

Am Sonntag, dem 13. März d. J., dem Volkstrauertag für die Opfer des Weltkrieges, werden die staatlichen und städtischen Gebäude halbmaß flaggen. Ich bitte die Einwohnerschaft, diesem Beispiele zu folgen und an dem genannten Tage auch ihre Häuser

auf Halbmaß zu flaggen.

Karlsruhe, den 10. März 1927. G.203
Der Oberbürgermeister.

Oeffentliche Sparkasse Achern.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.	Rh.	Verbindlichkeiten.	Rh.
1. Kassenbestand	21 769.02	1. Spareinlagen	1 424 993.37
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkasse	2 502.15	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	176 691.23
3. Wechsel	20 916.05	3. Anlehens- und andere Schulden	24 066.55
4. Darlehen auf Hypotheken	675 926.10	4. Rücklagen: a) gesetzl. Reservefonds	46 438.92
5. Darlehen in laufender Rechnung an Private	543 834.79	b) Aufwertiungsfond	19 346.64
6. Darlehen auf Schuldscheinen	116 801.69	5. Reingewinn vom Jahre 1926	30 551.—
7. Darlehen an Gemeinden	309 832.—		
8. Einnahmerückstände	28 505.90		
9. Gerätschaften	2 000.—		
	1 722 087.70		1 722 087.70

Berechnung der Rücklage.
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus Rh 1 555 806.— Einlagen Rh 124 464.48
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 Rh 76 989.92
Somit weniger Rh 47 474.56
Achern, den 10. März 1927. S.34
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: G. Hechtler.
Der Geschäftsleiter: Pfeiler.

Ideal-Pumpe
für Oel, Benzin, Petroleum und dergl.

Wir suchen an allen Plätzen Deutschlands

Vertreter zum Verkauf unserer für die gesamte Industrie, Handel, Garagen- u. Auto-Besitzer unentbehrlichen **Ideal-Pumpe** für Oel, Benzin, Petroleum usw. gegen hohe Provision. Bei Kautionsstellung wird Lager errichtet. Offerten an

Hans Reisert & Co.
K.-G. a. A.
Köln-Braunsfeld.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenpest.
In Neuborf, Amt Bruchsal, ist die Maul- und Klauenpest erloschen. R.40
Die Gemeinde Graben ist nicht mehr Beobachtungsgebiet. D.3.37.
Karlsruhe, den 9. März 1927.
Bezirksamt, Abt. IV.

einteilung und die Wertausgleichung oder gegen die Abtretung von Grundstücken zu erheben und die etwa hieraus abgeleiteten Entschädigungsansprüche anzumelden.
Die nicht spätestens in dieser Tagfahrt angemeldeten Ansprüche dieser Art gelten als ausgeschlossen; insbesondere findet eine nachträgliche Geltendmachung derselben im Klageweg nicht statt.
In der Tagfahrt werden die zur Abstimmung nicht erschienenen und die Nichtabstimmenden als dem Plane zustimmend angesehen. D.3.36.
Karlsruhe, den 9. März 1927.
Bad. Bezirksamt — Abt. II.

R.37. Durlach. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Karl Meyer in Durlach ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters bestimmt auf Freitag, d. 1. April 1927, nachm. 4 Uhr, vor das Amtsgericht Durlach, II. Stock, Zimmer 28. Die Gebühren und Auslagen d. Konkursverwalters sind auf 1380 M. festgesetzt.
Durlach, d. 3. 1927.
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Arbeits-Vergebung.
Zu dem Neubau eines Kochkuchengebäudes im Hof des Reichshaus Aislau sind nachträglich, gemäß der neuen Finanzministerialverordnung öffentlich zu vergeben. R.36
Erdarbeiten 1650 cbm. Abrucharbeiten des alten Kochkuchengebäudes. Einfißnahme in Zeichnungen, Bedingungen u. Abgabe der Angebotsvor-

24. März 1927 auf unse-rem Geschäftsnummer Eberbachstraße 28 während der üblichen Dienststunden z. Einsichtnahme auf. Versand nach auswärts und Abgabe von Zeichnungen erfolgt nicht.
Angebote, verschlossen u. mit entsprechender Aufschrift versehen, bis zur Eröffnung am 25. März 1927, vormittags 10 Uhr, an das Bezirksamt Karlsruhe.
Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Karlsruhe, d. 9. 3. 1927.
Bezirksamt.

Vergebung von Pflasterarbeiten.
Die Herstellung von rd. 2260 qm Kleinpflaster u. 2200 qm Rinnenpflaster (alles ohne Baustofflieferung) an Landstraße Nr. 38 in Emmendingen wird gemäß §. d. G. Min. der B. vom 27. 7. 1922 in öffentlicher Submission vergeben. R.38
Angebote, zu denen die Vordrucke auf dem Bauamt erhältlich sind, sind spätestens bis Donnerstag, d. 31. März d. J., vorm. 10 Uhr, verschlossen und mit Aufschrift „Pflasterung der Landstraße 38“ versehen beim Bauamt einzureichen, wo dieselben zu ge-

nanntem Zeitpunkte in Gegenwart etwa erscheinender Bewerber geöffnet werden. Die Bedingungen und Unterlagen können auf d. Bauamt während der Dienststunden eingesehen werden.
Emmendingen, d. 8. 27. Wasser- und Straßenbauamt.
R.35
Bruchsal. Güterrechtsgesellschaft Band III Seite 168: Mattern, Karl, Schneidemeister, u. dessen Ehefrau Emma geb. Foz in Odenheim, durch Vertrag vom 23. Januar 1927 ist die Gütertrennung nach den §§ 1436 ff. des BGB. vereinbart.
Bruchsal, 7. 3. 1927.
Bad. Amtsgericht III.

Lucien Murat Graf Segur Dr. Corisart Caulaincourt Talleyrand Carnot Gullin Guittion Bagancourt Rabbe Dautancourt Barcoire Hazel Fouche Sabatz Charlot Boiney Real Molin Loubal Drouet Ramelul Samson Herzog v. Enghien Leitzgeb Louise Caboudal Senator Lafai Jeanne Minnie Rou Rianne

Moeble Raumbach Dr. Stotz Riensdorf Jöcker Pfeiler Metz Siedl Brand Müller Bodg Riensdorf Graf Hofbauer v. d. Linden Semmede Ruhne Müller Weidner Mehner Schneiber Otholt Graf Nagel Fraunborfer Brand Schneider Ruhne Werl Hermdorff Silber Schöning

Samstag, 12. März 1927. * A 19 Th.-Gem. 1. S. G. Zum erstenmal **Sonnaparte** Von Fritz von Unruh. In Szene gesetzt von Felix Baumbach.
Dahlen Ernarth

Anfang? Ende geg. 11
I. Speersitz Nr. 5.—
So. 13. März nachmittags Das Grab des unbekannten Soldaten
abends: Der Evangelist
Montag, 14. März: Gastspiel Anna Pawlowa.

Die Bauplatzumslegung in den Gewannen „Durch den Grund“ und „Auf den Buchheimer Weg“ in Eggenstein betr.
Die Gemeinde Eggenstein hat eine Neueinteilung — Bauplatzumslegung in den Gewannen „Durch den Grund“ und „Auf dem Buchheimer Weg“ beantragt. Tagfahrt zur Abstimmung der beteiligten Grundeigentümer über den Plan findet statt am R.39
Mittwoch, den 30. März 1927, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus in Eggenstein.
Spätestens in dieser Tagfahrt sind von den Eigentümern der in Betracht kommenden Grundstücke etwaige Einwendungen gegen den Plan über die Neu-

Druck G. Braun, Karlsruhe.